

Tätigkeitsbericht

Staatskanzlei

—

2017



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Chancellerie d'Etat CHA
Staatskanzlei SK

Inhaltsverzeichnis

1	Sekretariat des Staatsrats	6
1.1	Stab- und Unterstützungsfunktionen	6
1.1.1	Sitzungen und Veranstaltungen des Staatsrats	6
1.1.2	Konferenz der Generalsekretäre	6
1.1.3	Beziehungen zum Grossen Rat	6
1.1.4	Staatsschreiberkonferenz und Konferenz der Staatskanzlerinnen und Staatskanzler der lateinischen Kantone	6
1.2	Büro für Information Bfi	6
1.2.1	Weiterbildung im Bereich der Information	6
1.2.2	Medienmitteilungen, -konferenzen und -orientierungen	7
1.2.3	Pressespiegel	7
1.2.4	Internet und Intranet	7
1.2.5	Social Media	7
1.2.6	Corporate Design	7
1.2.7	Kantonales Führungsorgan (KFO)	7
1.2.8	Wettbewerb Cinécivic	7
1.2.9	Tage des Denkmals	7
1.3	Aussenbeziehungen	8
1.3.1	Interkantonale Zusammenarbeit	8
1.3.2	Europäische Integration und internationale Beziehungen	8
1.4	Imagewerbung für den Kanton Freiburg	9
1.5	Sektor Übersetzung	9
1.5.1	Übersetzung	9
1.5.2	Terminologie	10
1.5.3	Dienstleistungen für die Übersetzerinnen und Übersetzer des Staates	10
1.5.4	Informatik	10
1.6	Sektor Amtliche Veröffentlichungen	10
1.6.1	Veröffentlichungen	11
1.6.2	Eidgenössische und kantonale Volksabstimmungen	11
1.6.3	Einbürgerungsdokumente	11
1.6.4	Besondere Tätigkeit	11
1.7	Sektor politische Rechte	12
1.7.1	Neuorganisation	12

1.7.2	Elektronische Unterstützung und Verfahren	12
1.7.3	Abstimmungen	12
1.7.4	Wahlen	13
1.7.5	Volksrechte	13
1.8	Informatikprojekte (SIP)	13
1.9	E-Government-Sekretariat	14
1.9.1	Tätigkeit seit 2017	14
1.9.2	Erste verwaltungsinterne Dienstleistung	14
1.9.3	Interkantonale Zusammenarbeit	14
1.9.4	Data-Governance	15
2	Amt für Gesetzgebung (GeGA)	15
2.1	Tätigkeit	15
2.1.1	Unterstützung bei der Ausarbeitung der Spezialgesetzgebung	15
2.1.2	Verbreitung der Gesetzgebung	15
2.1.3	Ausarbeitung von Entwürfen der allgemeinen Gesetzgebung	16
2.1.4	Rechtsdienst und Verschiedenes	16
2.2	Besondere Ereignisse	16
2.2.1	Ausarbeitung von Entwürfen im Auftrag	16
2.2.2	Planung der Rechtsetzungsvorhaben 2012–2016	16
3	Amt für Drucksachen und Material (DMA)	17
3.1	Tätigkeit	17
3.2	Sektor Einkauf	17
3.3	Intern ausgeführte Druckarbeit	18
3.4	Aufgaben vor dem Drucken	18
3.5	Binde- und Digitalisierungsarbeiten	18
3.6	Beschaffung von Büromaterial und Logistik	19
3.7	Schlüsselzahlen 2016	19
4	Staatsarchiv Freiburg (StAF)	19
4.1	Gesetzliche Grundlagen und Organisation	19
4.2	Gebäude	20
4.3	Tätigkeit und Dienstleistungen	20
4.3.1	Informatik und neue Technologien	20
4.3.2	Beziehungen zu archivbildenden Stellen	20
4.3.3	Zunahme der Archivbestände und bei der Bibliothek	20
4.3.4	Klassierungs- und Inventarisierungsarbeiten	20
4.3.5	Erhaltung, Restaurierung, Mikrofilmaufnahmen	21

4.3.6	Dienstleistungen und Führungen	21
4.3.7	Wissenschaftliche Arbeiten und kulturelle Aktivitäten	21
5	Kantonale Behörde für Öffentlichkeit und Datenschutz	22
5.1	Tätigkeit	22
6	Kantonale Ombudsstelle (Omb)	22
6.1	Tätigkeit	22
7	Personalbestand	23

1 Sekretariat des Staatsrats

Staatskanzlerin: Danielle Gagnaux-Morel

Vizekanzler: Marc Valloton (seit dem 13. März 2017)

Vizekanzlerin: Sophie Perrier (seit dem 13. März 2017)

1.1 Stab- und Unterstützungsfunktionen

1.1.1 Sitzungen und Veranstaltungen des Staatsrats

Die Staatskanzlei organisiert die Sitzungen und die Veranstaltungen. Die Einzelheiten dieser Tätigkeit finden Sie in Kapitel 4 des Berichts des Staatsrats.

1.1.2 Konferenz der Generalsekretäre

Die Konferenz der Generalsekretäre, die von der Staatskanzlerin präsiert wird, trat 2017 zu 7 Sitzungen zusammen. Neben dem wertvollen Austausch der guten Praxis unter den Direktionen gab die Konferenz nach Diskussionen Stellungnahmen zu folgenden Projekten ab: Änderung der Gesetzgebung über die Sitzungsgelder, kantonale Vernehmlassungsverfahren, Prioritätensetzung bei den Informatikprojekten und Projekt FR-Innov.

1.1.3 Beziehungen zum Grossen Rat

Die Staatskanzlerin nahm an den Sitzungen des Büros des Grossen Rates teil, an denen die Traktandenlisten der Sessionen vorbereitet wurden.

1.1.4 Staatsschreiberkonferenz und Konferenz der Staatskanzlerinnen und Staatskanzler der lateinischen Kantone

Die Staatskanzlerin nahm an zwei jährlichen Sitzungen der Staatsschreiberkonferenz teil. Die Herbstsitzung fand in Murten statt. 2017 wurden hauptsächlich folgende Themen behandelt:

- > die politische Planung;
- > die konkrete Umsetzung der Absichtserklärung zum E-Voting und die Wahl von fünf Vertretern der Staatsschreiberkonferenz (SSK) in die Projektoberleitung;
- > die Lösung Lexfind ab 2017;
- > die Charta für Lohnleichheit im öffentlichen Sektor.

1.2 Büro für Information Bfi

Das Bfi unterstützt die Staatskanzlei bei der Informationstätigkeit über die Angelegenheiten des Staatsrats. Es stellt die allgemeine Koordination der Verwaltungstätigkeit auf dem Gebiet der Information der Öffentlichkeit sicher. Es unterstützt und berät die Direktionen und ihre Verwaltungseinheiten bei dieser Tätigkeit und sorgt für gute Beziehungen zu den Medien.

1.2.1 Weiterbildung im Bereich der Information

Das Bfi hat seine Kontakte mit den Mitgliedern der kantonalen Verwaltung und mit den Journalistinnen und Journalisten fortgeführt und gepflegt. Es hat namentlich erneut einen Weiterbildungstag in Kommunikation für die Kader des Staates, in dem Fall für die Direktorinnen und Direktoren der Orientierungsschulen, organisiert. An diesem Tag traten vor allem Medienfachleute auf, und das Bfi konnte seine Rolle als «Bindeglied» wahrnehmen. Es lud zudem die Medienvertreterinnen und -vertreter zu einer fünften Gesprächssitzung mit den Ansprechpersonen für die Information in den Direktionen des Staates ein.

1.2.2 Medienmitteilungen, -konferenzen und -orientierungen

Im Jahr 2017 wurden den Medien rund 310 Mitteilungen zugestellt, und 53 Medienkonferenzen, an denen mindestens ein Mitglied des Staatsrats teilnahm, wurden organisiert. Im Bestreben, die Koordination der Kommunikation weiter zu verbessern, organisierte das BfI mehrere Sitzungen mit der Konferenz der Ansprechpersonen für die Information der Öffentlichkeit in den Direktionen.

1.2.3 Pressespiegel

Das BfI hat auch im letzten Jahr täglich einen Pressespiegel mit den wichtigsten Artikeln, die in den audiovisuellen Medien und in der Presse erschienen sind, zusammengestellt, wie es das seit mehreren Jahren macht. Diese Übersicht richtet sich insbesondere an die höheren Kader des Staates und wird im Intranet veröffentlicht. Dank dem Pressespiegel können sie jeden Tag schnell erkennen, welche Themen aus dem Staat Freiburg von den Medien behandelt werden.

1.2.4 Internet und Intranet

Das Jahr 2017 war der Fortsetzung des Projekts «Umgestaltung des Portals» gewidmet; mit diesem Projekt sollen die 110 Websites des Staates umgestaltet werden, so dass sie an alle Endgeräte (Smartphones, Tablets) angepasst werden können und den aktuellen Nutzungen entsprechen. Dazu braucht es eine neue Software (Drupal), und die Darstellung der Information (thematische Darstellung) muss überdacht werden. Das Unternehmen, das die Software Drupal integriert und einstellt, wurde mit einer Ausschreibung gewählt. Das Projekt zur Schaffung der neuen Portals und zur Übernahme der Daten wurde im Oktober gestartet. 2018 soll das neue Portal online gehen. Ein weiteres Ziel des Projekts besteht darin, einen einfachen Zugriff auf die Dienstleistungen des virtuellen Schalters zu geben.

Das BfI verwaltet weiterhin die Websites des Staatsrats und der Staatskanzlei und kümmert sich ausserdem um das Intranetportal intranet.fr.ch.

1.2.5 Social Media

Das BfI wirkt auch als «Community Manager» für die Social Media, auf denen der Staat präsent ist, nämlich Facebook, Twitter, LinkedIn und YouTube. Die Zahl der Abonnenten nimmt ständig zu (z. B.: Facebook 4419 Freunde (3085 im Jahr 2016); LinkedIn 4051 Abonnente (2983 im Jahr 2016)). Der Anteil des Engagements und der Interaktionen nimmt ebenfalls zu.

1.2.6 Corporate Design

Das BfI achtet mit der Unterstützung der Konferenz der Generalsekretäre täglich darauf, dass die mit dem Corporate Design des Staates verbundene Grafikcharta in allen Verwaltungseinheiten, die sie anwenden müssen, beachtet und richtig ausgeführt wird.

1.2.7 Kantonales Führungsorgan (KFO)

Der Verantwortliche des BfI und seine Adjunktin arbeiten regelmässig im KFO mit, namentlich in Gruppen, die Überlegungen zur Problematik von Katastrophen anstellen.

1.2.8 Wettbewerb Cinécivic

Das BfI hat im vergangenen Jahr wie bereits im Vorjahr die Arbeiten in Zusammenhang mit dem Wettbewerb CinéCivic koordiniert; bei diesem Wettbewerb werden Filme und Plakate, die von Jugendlichen von 10 bis 25 Jahren, die in einem der Partnerkantone wohnen oder die Schule besuchen, realisiert worden sind, ausgezeichnet. Die Filme und Plakate sollen die übrigen Jugendlichen dazu anregen, abstimmen zu gehen. 930 junge Westschweizerinnen und Westschweizer haben sich bei der Ausgabe 2017 des Wettbewerbs angemeldet und 67 Filme, darunter 18 Filme, die von Schulen realisiert wurden, und 286 Plakate eingereicht.

1.2.9 Tage des Denkmals

Bei der Ausgabe 2017 der europäischen Tage des Denkmals, am 9. und 10. September, war die Öffnung der Staatskanzlei für das Publikum ein Schwerpunkt der Veranstaltung. Das BfI hat die Organisation dieser Tage koordiniert; die Staatskanzlei öffnete ausnahmsweise ihre Türen, und die Mitglieder des Staatsrats waren anwesend.

Die Besucherinnen und Besucher wussten die zahlreichen Erläuterungen zur Geschichte des Gebäudes, zur Tätigkeit, die dort ausgeübt wird, seit der Staat sich ausgebildet hat, und zur Bildung des Kantonsarchivs zu schätzen; dazu wurden Manuskripte, die symbolhaft für die Freiburger Geschichte stehen, ausgestellt.

1.3 Aussenbeziehungen

Der Sektor Aussenbeziehungen bei der Staatskanzlei unterstützt den Staatsrat, damit eine Verbindung zwischen dem Kanton Freiburg und seiner Umgebung, namentlich den übrigen Kantonen, den Regierungskonferenzen (KdK, WRK), dem Bundesparlament, dem Bund und der Europäischen Union, gewährleistet ist. Die vom Sektor begleiteten Dossiers werden im Tätigkeitsbericht des Staatsrats im Kapitel «Aussenbeziehungen» vorgestellt. Im Folgenden werden nur einige besondere Tätigkeiten vorgestellt. Die Vorbereitung der Dossiers, die intra- und interkantonale Koordination und das Mitverfolgen der eidgenössischen, interkantonalen und internationalen Geschäfte bilden die Haupttätigkeit des Sektors.

1.3.1 Interkantonale Zusammenarbeit

Der Sektor Aussenbeziehungen koordiniert die Durchführung des Projekts Hauptstadtregion Schweiz (HRS) beim Staat Freiburg.

Nach sechsjähriger Arbeit seit der Lancierung der HRS befindet sich dieses Projekt in der Konsolidierungsphase. Das Hauptthema 2017 – «Cluster Food&Nutrition» – stand im Vordergrund: Das gilt nicht nur für das Forum 2017 der HRS in Bern, sondern auch für drei Plattformen, die es den Hauptakteuren des Lebensmittelbereichs erlaubten, sich in regelmässigen Abständen zu treffen und auszutauschen, um auf nationaler und internationaler Ebene ein zukunftssträchtiges Netzwerk zu schaffen und besondere Projekte zu entwickeln.

2017 wurden mit der Mitwirkung des Staates Freiburg und teilweise auch weiterer Freiburger Partner, die Mitglieder der Hauptstadtregion sind (Regionen See, Broye, Sense, Agglo Freiburg und Städte Murten und Estavayer-le-Lac), folgende Projekte eröffnet oder weitergeführt:

- > Das Projekt «Netz von Infrastrukturen – hin zu einer Smart-Capital-Region». Schlüsselprojekte, die für die thematischen Prioritäten festgelegt werden (z. B. Smart Mobility und Plusenergie-Quartiere), wurden unter der Leitung des Kantons Bern mit Unterstützung der HRS weitergeführt.
- > Das vorrangige Thema 2016 – «Gesundheitsstandort Hauptstadtregion Schweiz» – wurde vertieft: Nach dem Forum von Solothurn und den drei Plattformen geht die Arbeit Richtung Ausbildung des qualifizierten Personals der Bio-, Medtech- und Pharmaunternehmen. Auch wurden alle Unternehmen, die im Gesundheitsbereich arbeiten erfasst.
- > Bei der Zweisprachigkeit entwickelte und unterstützte die HRS Projekte von Gemeindepartnerschaften für den sprachlichen Austausch unter Schülerinnen und Schülern, den sprachlichen Austausch von Lernenden und die Veranstaltung eines Tags der Zweisprachigkeit in mehreren Kantonen.
- > Die Vertretung der Interessen der HRS auf Bundesebene ist eine Querschnittsaufgabe, die 2017 entwickelt wurde und die konkret im Lobbying für vordringliche Geschäfte zum Ausdruck kam.

1.3.2 Europäische Integration und internationale Beziehungen

Die Begleitung der Umsetzung der Bilateralen Abkommen I und II auf Kantonsebene und das ganze Dossier der europäischen Integration bilden ständige Aufgaben des Sektors Aussenbeziehungen. Die Europapolitik der Schweiz wurde im Jahr 2017 durch die Umsetzung der Initiative «Gegen die Masseneinwanderung» gekennzeichnet. Ende 2016 haben sich die Eidgenössischen Kammern auf ein Ausführungsgesetz, das mit dem Abkommen über den freien Personenverkehr mit der Europäischen Union (FZA) vereinbar ist, geeinigt. Im Juni 2017 gab der Bundesrat die nötigen Verordnungsänderungen zur Umsetzung des Ausführungsgesetzes zum Artikel 121a BV in die Vernehmlassung. Die Kantone waren für eine etappenweise Einführung der Pflicht, freie Stellen zu melden, um so mehr, als zahlreiche Fragen zur Ausführung, namentlich die Finanzierung der Umsetzung, noch nicht geregelt wurden. Der Kanton wirkte im Rahmen der Vernehmlassungsverfahren des Bundes und über die Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) an diesem Verfahren mit. Der Bundesrat verabschiedet die neuen Verordnungen Anfang 2018 und legt zu diesem Zeitpunkt das Datum des Inkrafttretens fest. Die Umsetzung, die mit dem FZA vereinbar ist, hat das Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU etwas beruhigt, hindert aber letztere nicht daran, Druck für

einen baldigen Abschluss eines Rahmenabkommens zur Regelung der institutionellen Fragen aufzusetzen und von der Schweiz Konzessionen bei anderen offenen Dossiers (z. B. Abkommen über die Finanzdienstleistungen und Energieabkommen) zu verlangen.

Bei der Versammlung der Regionen Europas (VRE) stellte der Sicherheits- und Justizdirektor mit Unterstützung des Sektors Aussenbeziehungen die Vertretung des Kantons in der Schweizer Delegation, die an den verschiedenen Sitzungen dieser Versammlung anwesend war, sicher. Die Mitwirkung des Kantons an gewissen Projekten der VRE, namentlich beim Programm Eurodyssée, das zum Austausch von mehreren jungen Berufsleuten zwischen dem Kanton Freiburg und den europäischen Regionen führte, wurde ebenfalls fortgesetzt. Schliesslich verbindet eine Zusammenarbeitsvereinbarung im Bereich Wirtschaft und Innovation seit dem 1. Januar 2014 die französische Region Grand-Est (zu der das Elsass gehört) mit dem Kanton Freiburg.

1.4 Imagewerbung für den Kanton Freiburg

Der Verein «Fribourgissima Image Fribourg», Organ zur Förderung des Images von Freiburg ausserhalb des Kantons, entstand im Dezember 2013 auf Anstoss des Staatsrats und führt seither die Bekanntheitskampagne «Freiburg macht glücklich». 2017 tritt ein neuer Partner, die Stadt Freiburg, dem Verein bei, so dass die Zahl der Partner bei dieser öffentlich-privaten Partnerschaft auf 14 Mitglieder steigt. Der Staat Freiburg stellt die Hälfte der Finanzierung des Vereins «Fribourgissima Image Fribourg» sicher. Das Sekretariat des Vereins wird von einer Mitarbeiterin, die ihr Büro bei der Staatskanzlei hat, sichergestellt und leistet die organisatorische und logistische Unterstützung, die es für den Erfolg des Projekts unbedingt braucht: Organisation der Arbeitssitzungen, Koordination der Arbeit, Umsetzung der Entscheide, Buchhaltung und Finanzhaushalt. Der Exekutivausschuss, der von der Staatskanzlerin, Danielle Gagnaux-Morel, präsidiert wird, konkretisiert das Jahresprogramm und setzt es um. Er trat sieben Mal zusammen und verfolgte die Strategie und die Ziele des Vereins weiter. Im Jahr 2017, dem ersten Jahr des erneuerten Auftrags für den Zeitraum 2017-2019, wurden einige Massnahmen konkret umgesetzt. Der Verein hat sich namentlich bei der Organisation des Gordon-Bennett-Cups im Ballonfahren, der im September im Kanton Freiburg stattfand, eingesetzt. Er hat zum ersten Mal mit dem Murten-Lichtfestival nach Zürich, wo im Rahmen eines gemeinsamen Projekts beim Festival Illuminarium (16. November bis 31. Dezember 2017) eine Riesenlaterne ausgestellt wurde. Im vierten Tätigkeitsjahr des Vereins konnten schöne Herausforderungen bewältigt und gleichzeitig die Austauschplattform um die Bekanntheitskampagne angereichert werden. Der Einsatz der Partner und deren Absicht, sich zusammen zu tun, um das Image des Kantons Freiburg zu fördern, nimmt ständig zu und wird immer intensiver. Die durchgeführten Aktivitäten werden unter Punkt 3.6.2 des Berichts des Staatsrats und im Tätigkeitsbericht des Vereins ausführlich beschrieben.

1.5 Sektor Übersetzung

Der Sektor Übersetzung prüft die deutschen Fassungen der Erlassentwürfe und der amtlichen Texte, die von den Direktionen und weiteren Behörden vorgelegt werden, auf ihre inhaltliche und sprachliche Richtigkeit. Er fertigt ausserdem Übersetzungen für die Staatskanzlei, für das Sekretariat des Grossen Rates und wenn nötig für das Staatsratspräsidium und die Direktionen an und koordiniert Fragen im Zusammenhang mit der Übersetzung Französisch-Deutsch und Deutsch-Französisch in der Kantonsverwaltung.

Bis Juli 2017 beschäftigte der Sektor eine Praktikantin. Sie leistete wertvolle Mithilfe beim Übersetzen und machte daneben Terminologiearbeit.

1.5.1 Übersetzung

2017 übersetzten die Mitarbeiter des Sektors neben den üblichen Arten von Texten einige sehr umfangreiche Texte für das E-Government. Auch die Tätigkeitsberichte der Bezirks- und Friedensgerichte des französischsprachigen Kantonsteils, die vom Sektor auf Deutsch übersetzt wurden, waren sehr umfangreich. Ferner übersetzte der Sektor den Tätigkeitsbericht von Fribourgissima. Daneben half der Sektor auch regelmässig den Direktionen aus, wenn deren Übersetzerinnen und Übersetzer abwesend oder überlastet waren. Die Möglichkeit, Texte extern vom Französischen ins Deutsche übersetzen zu lassen, wurde weniger genützt als im Vorjahr: 36 Aufträge gegenüber 48 im Jahr 2016.

1.5.2 Terminologie

Der Verantwortliche des Sektors führte die Terminologie aus der Freiburger Gesetzgebung für die interne Terminologiedatenbank nach. Auch die Titel der neuen Erlasse wurden in die Datenbank aufgenommen. Die Praktikantin passte die Terminologie des Bildungswesens an die neuen Gesetze an. Der Sektor hat an den Arbeiten des Interkantonalen Organs für terminologische Zusammenarbeit im öffentlichen Bereich (CoTerm) aktiv mitgewirkt. Das Organ hielt 2017 zwei Sitzungen ab.

1.5.3 Dienstleistungen für die Übersetzerinnen und Übersetzer des Staates

Die Konferenz der Übersetzerinnen und Übersetzer des Staates Freiburg, in der die Übersetzerinnen und Übersetzer der Kantonsverwaltung sowie des freiburger spitals und des Freiburger Netzwerks für psychische Gesundheit vereint sind, hielt 2017 zwei Sitzungen ab. Dieses Organ, das 2011 geschaffen wurde, wird vom Verantwortlichen des Sektors geleitet und behandelt Fragen der Übersetzung und der Terminologie beim Staat. 2017 behandelte die Konferenz namentlich die Übersetzung der Erlassertexte für die künftige neue BDLF und die Mitwirkung der Übersetzerinnen und Übersetzer am Rendez-vous bilingue.

Am Rendez-vous bilingue 2017 führten die Übersetzerinnen und Übersetzer des Staates Freiburg einen Stand. Es wurden zwei Spiele angeboten: ein zweisprachiges Memory, bei dem verschiedene Begriffe auf Deutsch und Französisch dem Begriff in der anderen Sprache zugeordnet werden mussten, und ein Ortsnamenpuzzle aus jeweils zwei Teilen, von denen beide denselben Ortsnamen auf Deutsch und auf Französisch enthielten. Der Stand stiess auf reges Interesse des Publikums.

Zur Weiterbildung besuchten die Übersetzerinnen und Übersetzer des Staates die Jahrestagung «Equivalences» der ASTTI (Association Suisse des Traducteurs, Terminologues et Interprètes) zum Thema Gerichtsdolmetschen und rechtliche Übersetzung. Die Übersetzerinnen und Übersetzer sind seit 2017 Fördermitglied der ASTTI.

1.5.4 Informatik

2017 zeigte sich die negative Seite der zentralen Installation der Software zur computerunterstützten Übersetzung (CAT-Tool) auf einem Server, auf den alle Übersetzer/innen des Staates Zugriff haben: Aufgrund von Restrukturierungen beim ITA hatten wir keine Ansprechperson mehr, so dass die Nachführungen der Software nicht installiert wurden. Nun zeichnet sich aber eine Lösung ab.

Die Terminologie des Staates Freiburg steht weiterhin unter der Adresse <http://friterm.fr.ch> auf Internet zur Verfügung, und neue Einträge werden einmal im Monat hinzugefügt.

1.6 Sektor Amtliche Veröffentlichungen

Der Sektor Amtliche Veröffentlichungen stellt die formale und inhaltliche Kontrolle der französischen und der deutschen Fassungen der Erlassentwürfe sowie der amtlichen Texte der Direktionen des Staatsrats oder anderer Behörden sicher. Er besorgt die sprachliche Kontrolle der französischen Fassung, während der Sektor Übersetzung mit der Kontrolle der deutschen Fassung beauftragt ist. Er ist auch beauftragt, den Berichten des Staatsrats und den Botschaften zu den Gesetzes- und Dekretsentwürfen vor der Verteilung beim Grossen Rat den letzten Schliff zu verleihen.

Ausserdem sorgt der Sektor dafür, dass die amtlichen Erlasse, die vom Grossen Rat, vom Staatsrat oder von weiteren Behörden verabschiedet wurden, veröffentlicht werden. Jede Woche stellt er die Erlasse, die in der Amtlichen Sammlung veröffentlicht wurden, ins Internet und führt die zusätzlichen Daten zu ihnen nach: Ausübung der Volksrechte, Promulgierung, Inkrafttreten, eidgenössische Genehmigung.

Der Sektor stellte ausserdem die Veröffentlichungen von Anzeigen und amtlichen Texten über Angelegenheiten der Staatskanzlei, Bundesangelegenheiten, interkantonale und ausserkantonale Angelegenheiten sicher. Dazu kommt, in Zusammenarbeit mit der Druckerei, die Verwaltung des Erfassungstools, das den Dienststellen des Staates für die Veröffentlichung ihrer Anzeigen zur Verfügung gestellt wird.

Um für einen guten Ablauf und eine wirksame Organisation der Zusammenarbeit des Sektors sowohl mit den Direktionen des Staatsrats, dem Sekretariat des Grossen Rates und weiteren Behörden als auch mit den Druckern zu sorgen, erstellt er Zeitpläne.

Schliesslich ist er für die Anwendung des Telefonbuchs der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Staates verantwortlich und ist mit der Nachführung der Daten mehrerer Einheiten beauftragt.

1.6.1 Veröffentlichungen

In der **Amtlichen Sammlung des Kantons Freiburg (ASF)** wurden veröffentlicht:

- > Grosser Rat: 16 Gesetze (2016: 27), 13 Dekrete (2016: 22) und 1 Parlamentsverordnung (2016: 0);
- > Staatsrat: 86 Verordnungen (2016: 99), 1 Beschluss (2016: 1) und 1 Reglement (2016: 4);
- > Direktionen und weitere Behörden: 7 Erlasse (2016: 13).

Der Sektor veröffentlichte zudem:

- > Promulgierungsverfügungen zu 13 Erlassen (2016: 47);
- > Verfügung über Genehmigung von 1 Erlass durch den Bund (2016: 10);
- > Mitteilungen zu kantonalem und interkantonalem Recht für 2 Erlasse (2016: 3).

Insgesamt wurden in jeder Sprache rund 533 Seiten ASF (2016: 834) gedruckt.

Im **Amtsblatt (ABI)** wurden veröffentlicht:

- > Grosser Rat: 8 Einbürgerungsdekrete (2016: 4);
- > Staatsrat: 20 Beschlüsse (2016: 26).

1.6.2 Eidgenössische und kantonale Volksabstimmungen

Der Sektor verfasste die französischen und deutschen Versionen der Einberufungsbeschlüsse und der Beschlüsse über die Ergebnisse der kantonalen und eidgenössischen Abstimmungen, die während des Jahres stattfanden, und veröffentlichte sie im Amtsblatt.

1.6.3 Einbürgerungsdokumente

Bei den traditionellen offiziellen Empfängen zu Ehren der neuen Bürgerinnen und Bürger erhalten diese ein Einbürgerungsdokument und ein Diplom. Der Sektor ist beauftragt, die Korrektheit der Dokumente unter formellen und materiellen Kriterien zu gewährleisten. Im Jahr 2017 betreute der Sektor die Kontrolle und den Druck von 519 Einbürgerungsdokumenten (2016: 244).

1.6.4 Besondere Tätigkeit

1.6.4.1 Wahlen

Der Sektor wirkte beim Verfassen des Beschlusses zur Einberufung der Stimmberechtigten der Gemeinden im provisorischen Perimeter Grossfreiburgs auf Sonntag, 26. November 2017, zur Wahl der Delegierten in die konstituierende Versammlung Grossfreiburgs mit; er verfasste auch ein Dokument mit den verschiedenen Szenarien bei den Ergebnissen dieser Wahl, bevor diese im Amtsblatt veröffentlicht wurden.

Ausserdem bereitete er die französische und die deutsche Version des Beschlusses zur Einberufung der Stimmberechtigten des Kantons Freiburg auf Sonntag, 4. März 2018, zur Ergänzungswahl in den Staatsrat vor und veröffentlichte sie im Amtsblatt.

1.6.4.2 Gesetzgebung – Projekt BDLF_ASF XML

Der Sektor leistete weiterhin seinen Beitrag und wirkte aktiv am Projekt BDLF_ASF XML mit, das zum Ziel hat, die derzeitige Anwendung zur Verwaltung der Gesetzgebung durch eine Anwendung, die das Redaktionssystem XML beinhaltet, zu ersetzen. Dazu unterstützte er das Amt für Gesetzgebung bei der Kontrolle der Form und der Genauigkeit von 86 Erlassen, die ins Format XML umgewandelt wurden und in die neue Anwendung aufgenommen werden sollen.

1.6.4.3 Staatskalender des Kantons Freiburg

Der Sektor hat eine Verordnung über den Verzicht auf die Veröffentlichung des Staatskalenders des Kantons Freiburg, die vom Staatsrat am 27. Juni 2017 angenommen wurde, verfasst und veröffentlicht. Dieser Entscheid war eine Antwort auf die Absicht, in Richtung eines Vorrangs der elektronischen Version der Dokumente und einer papierlosen Verwaltung zu gehen, welche die öffentliche Hand klar zum Ausdruck gebracht hat.

1.7 Sektor politische Rechte

1.7.1 Neuorganisation

Der Amtsantritt eines neuen Verantwortlichen bot Gelegenheit, die Organisation des Sektors Politische Rechte bei der Staatskanzlei neu zu definieren. Die Verfahren wurden mit der Beteiligung der betroffenen Personen formell festgelegt, so dass das Know-how nachhaltig gesichert wird. Die Dokumente wurden neu klassiert, was einen Gewinn an Zeit und Effizienz ermöglichte.

1.7.2 Elektronische Unterstützung und Verfahren

Das System zur Verwaltung von Wahlen und Abstimmungen (SyGEV), das 2015 und 2016 entwickelt worden war, ist 2017 in die normale Betriebsphase eingetreten. Alle eidgenössischen und kantonalen Abstimmungen und Wahlen werden mit diesem System, das auch die Verfahren vor und nach der Abstimmung und sogar die Veröffentlichung der Ergebnisse umfasst, verwaltet. Mehrere Gemeinden nahmen auch für Ergänzungswahlen in den Gemeinden während des Jahres SyGEV zuhilfe.

Dank der Zusammenarbeit mit der Post seit November 2016 kann E-Voting angeboten werden. Bei jedem Urnengang wurde E-Voting allen Auslandschweizerinnen und -schweizern zur Verfügung gestellt. Seit dem Urnengang vom 24. September 2017 wird E-Voting als Pilotprojekt auch den Bürgerinnen und Bürgern der Gemeinde Treyvaux angeboten. Diese Ausweitung von E-Voting auf Schweizerinnen und Schweizer, die in unserem Kanton wohnhaft sind, ermöglichte es, die besonderen Bedürfnisse der Gemeinden zu prüfen, damit mit der Zeit E-Voting auch weiteren Gemeinden angeboten werden kann.

Die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger von Treyvaux über E-Voting am ersten Urnengang betrug 37,5 %.

Gemeinde	Eingetragene Stimmende	Stimmen an der Urne	Elektronische Stimmen	Total Stimmende	Teilnahme	Beteiligung EV
Auslandschweizer/innen	5634	907	857	1764	31,3 %	48,6 %
Treyvaux	999	244	206	550	55,0 %	37,5 %

E-Voting ist eine Dienstleistungen, die von den Bürgerinnen und Bürgern bei der Entwicklung von digitalen Instrumenten in den öffentlichen Verwaltungen am meisten erwartet wird: 71 % der befragten Personen wollten via E-Voting abstimmen und wählen können (Quelle: Untersucht zur Nationalen Studie über das E-Government 2017, Zielgruppen Bevölkerung und Verwaltung, Demo SCOPE AG).

1.7.3 Abstimmungen

Drei eidgenössische und eine kantonale Volksabstimmung wurden organisiert.

Am 12. Februar 2017 stimmten die Bürgerinnen und Bürger über drei eidgenössische Vorlagen ab:

- > Bundesbeschluss über die erleichterte Einbürgerung von Personen der dritten Ausländergeneration;
- > Bundesbeschluss über die Schaffung eines Fonds für die Nationalstrassen und den Agglomerationsverkehr (NAF);
- > Bundesgesetz vom 17. Juni 2016 über steuerliche Massnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmensstandorts Schweiz (USR III).

Am 21. Mai 2017 stimmten die Bürgerinnen über eine eidgenössische Vorlage ab:

- > Energiegesetz vom 30. September 2016 (EnG).

Und über eine kantonale Vorlage:

- > Gesetz vom 9. September 2016 über die Gebäudeversicherung, die Prävention und die Hilfeleistungen bei Brand und Elementarschäden.

Am 24. September 2017 stimmten die Bürgerinnen und Bürger über drei eidgenössische Vorlagen ab:

- > Bundesbeschluss vom 14. März 2017 über die Lebensmittelsicherheit (direkter Gegenentwurf zur zurückgezogenen Volksinitiative «Für die Lebensmittelsicherheit»);
- > Bundesbeschluss vom 17. März 2017 über die Zusatzfinanzierung der AHV durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer;
- > Bundesgesetz vom 17. März 2017 über die Reform der Altersvorsorge 2020.

1.7.4 Wahlen

2017 fand keine allgemeine Wahl statt.

Aufgrund von Rücktritten wurden zahlreiche Ergänzungswahlen in die Exekutiven der Gemeinden nötig.

Nachdem der Staatsrat den provisorischen Perimeter Grossfreiburgs (Gemeinden Avry, Belfaux, Corminboeuf, Freiburg, Givisiez, Granges-Paccot, Marly, Matran und Villars-sur-Glâne) festgelegt und die Gemeinden angehört hatte, berief er die Stimmberechtigten in den 9 betroffenen Gemeinden auf den 26. November 2017 zur Wahl der Delegierten in die konstituierende Versammlung Grossfreiburgs ein.

Gemeinden	Gesamtzahl der Delegierten pro Gemeinde	Delegierte/r, die/der von der Gemeindeexekutive bezeichnet wird	Zahl der Delegierten, die von der Gesamtheit der Stimmbürger/innen gewählt werden
Avry	3	1	2
Belfaux	3	1	2
Corminboeuf	3	1	2
Stadt Freiburg	10	1	9
Givisiez	3	1	2
Granges-Paccot	3	1	2
Marly	4	1	3
Matran	3	1	2
Villars-sur-Glâne	5	1	4
Insgesamt	37	9	28

Die genauen Ergebnisse der Abstimmungen und Wahlen können auf Internet unter folgender Adresse eingesehen werden: <https://www.fr.wabsys.ch/fr-wabsys-public/de/abstimmung>.

1.7.5 Volksrechte

2017 wurde weder eine Initiative noch ein Referendum eingereicht.

Bei der Staatskanzlei wurden zwei Petitionen eingereicht:

- > 21. August 2017: Petition für das Streikrecht des Pflegepersonals (1503 Unterschriften);
- > 15. September 2017: Petition für den Rückzug von ENSEVAL, dem Instrument zur Beurteilung der Lehrpersonen (667 Unterschriften).

1.8 Informatikprojekte (SIP)

Der Sektor Informatikprojekte (SIP) hat intensiv bei der Fortsetzung der Entwicklung von E-Voting (siehe oben), das auf eine Pilotgemeinde ausgedehnt wurde (siehe oben) mitgewirkt. Ausserdem haben die Arbeiten zur Migration zu einer bedeutenden Nachführung der Geschäftsverkehreanwendung des Staatsrats (Konsul) begonnen. Die Inbetriebnahme ist im zweiten Quartal 2018 vorgesehen. Die Anwendung, von der die 18. Version läuft, hat den Namen geändert und heisst jetzt AXIOMA.

Die Mitarbeiter des SIP stellen auf technischer Ebene sicher, dass die Sitzungen des Grossen Rates und des Generalrates der Stadt Freiburg gut ablaufen.

Der SIP stellt den Support für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Staates für folgende Anwendungen sicher: CMS Contens, Konsul, FriActu, GesCom und ATE/ATI.

1.9 E-Government-Sekretariat

Die Aufgabe, die der Staatsrat in der Strategie vom Dezember 2014 dem E-Government-Sekretariat gab, besteht darin, den Zugang zu den Leistungen zu modernisieren und die Investitionen beim Staat zu teilen. Mit dieser Strategie wird der Tatsache, dass die Bevölkerung und die Wirtschaft ihre wichtigen Geschäfte mit den Behörden dank den Informations- und Kommunikationstechnologien auf elektronischem Weg behandeln können müssen, konkret Rechnung getragen.

Die erste Aufgabe des E-Government-Sekretariats bestand darin, die gesetzlichen und technologischen Voraussetzungen für das E-Government zu schaffen. Auf der gesetzlichen Ebene überwies der Staatsrat im November 2016 den Gesetzesentwurf über den E-Government-Schalter (E-GovSchG) an den Grossen Rat. Das neue E-GovSchG ist seit dem 1. Januar 2017 in Kraft.

1.9.1 Tätigkeit seit 2017

Auf gesetzlicher Ebene mussten die Absichten gemäss E-GovSchG in einer Verordnung (E-GovSchV), die seit 1. Juni 2017 in Kraft ist, genauer ausgeführt werden. Auf technologischer Ebene wurde eine Plattform, der sogenannte virtuelle Schalter, entwickelt. Sie ist so konzipiert, dass die Online-Dienstleistungen flexibel, einfach und gesichert integriert werden können. Besondere Aufmerksamkeit wurde der Tatsache, dass die Bürgerinnen und Bürger jederzeit flexibel ein Online-Konto anlegen können, geschenkt. Für alle künftigen Dienstleistungen wurde eine einheitliche Navigationslogik geschaffen. Nach der Schaffung des virtuellen Schalters musste der Dienst an den Bürgerinnen und Bürgern bereichsübergreifend angegangen werden. Damit die verschiedenen Bedürfnisse der E-Government-Dienstleistungen angegangen werden konnten und infolge der Elemente im E-GovSchG bestätigte sich, dass ein kantonales Bezugssystem nötig ist, und derzeit werden Schritte zu dessen Schaffung unternommen. Die Schaffung des virtuellen Schalters führte auch zu einer schnelleren Umgestaltung des Verhältnisses zu den Kunden. Deshalb wurde ein den bereichsübergreifenden Bedürfnissen des E-Government angemessener Kundendienst geschaffen. Zurzeit arbeitet das E-Government-Sekretariat an der Schaffung eines zentralen Online-Zahlungssystems.

1.9.2 Erste verwaltungsinterne Dienstleistung

Nun, da diese Voraussetzungen geschaffen wurden, wurde in Zusammenarbeit mit dem Amt für Personal und Organisation beschlossen, dass die erste Dienstleistung am virtuellen Schalter verwaltungsintern sein sollte, wodurch die Lösung auf Benutzererfahrung und Solidität getestet werden kann. Es geht um die Bereitstellung der monatlichen Gehaltsabrechnungen und der jährlichen Lohnausweise in elektronischer Form. Diese Dienstleistung wird derzeit vom POA und vom ITA getestet. Eine zweite Testphase beginnt Anfang 2018 mit 600 zusätzlichen Angestellten. Nachher wird diese Dienstleistung für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kantonsverwaltung, das sind nahezu 19 000 Benutzerinnen und Benutzer, eingerichtet.

Im Laufe des Jahres 2018 werden schrittweise weitere Dienstleistungen, wie Bestätigungen des Handelsregisters, Auszüge der Betreibungsämter, Umzugsmeldungen in Zusammenarbeit mit den Gemeinden, Jagdpatente, Fischereipatente und Dienstleistungen des Jugendamts, online gestellt. Mit der Zeit werden am virtuellen Schalter über 80 Dienstleistungen angeboten.

1.9.3 Interkantonale Zusammenarbeit

Der Staat Freiburg und der Kanton Jura gründeten am 23. Oktober 2017 den ersten nationalen Verband für Zusammenarbeit beim E-Government, iGovPortal.ch. Indem sie ihre Kräfte in diesem Bereich zusammenlegen, teilen die Kantone ihre Entwicklungskosten für die Lösungen für Kantone und Gemeinden. Der Verband steht weiteren Kantonen offen und verfolgt keinen Erwerbzweck. Dank ihm können die Mitglieder von den Investitionen und Erfahrungen der anderen profitieren und die Kosten der Umsetzung vermindern.

1.9.4 Data-Governance

Im November 2017 wurde eine Person mit der Aufgabe, in Zusammenarbeit mit dem ITA und weiteren Einheiten des Staates, die vom Thema betroffen sind, eine Strategie der Data-Governance auszuarbeiten, angestellt. Diese neue Strategie soll die Schaffung des kantonalen Bezugssystems, das im Rahmen des Gesetzes über den E-Government-Schalter beschlossen wurde, begleiten. Die Schaffung dieser einzigartigen Informatikplattform, mit der ein Bezugssystem der Personen und ihrer Grunddaten verwaltet wird, stellt einen wichtigen Aspekt dar, um die Verwaltung der Daten bei der Schaffung der E-Government-Dienstleistungen zu vereinfachen.

2 Amt für Gesetzgebung (GeGA)

Vorsteher: André Schoenenweid

2.1 Tätigkeit

2.1.1 Unterstützung bei der Ausarbeitung der Spezialgesetzgebung

Zur Förderung der Einheitlichkeit und der Qualität der freiburgischen Gesetzgebung hat das GeGA:

- > rund 60 Erlassentwürfe geprüft und seine Bemerkungen sowie gegebenenfalls ausgearbeitete Vorschläge den zuständigen Direktionen mitgeteilt;
- > in verschiedenen Arbeitsgruppen an der Ausarbeitung von Erlassen mitgewirkt;
- > den Direktionen und Dienststellen regelmässig Auskünfte zu gesetzestechnischen Aspekten ihrer Entwürfe gegeben.

2.1.2 Verbreitung der Gesetzgebung

Das GeGA hat die Nachführungen Nr. 57 und 58 der Systematischen Gesetzessammlung des Kantons Freiburg (SGF) vorgenommen; (103 bzw. 56 Texte waren betroffen). Sie geben den Stand der Gesetzgebung am 1. Januar bzw. am 1. Juli 2017 wieder. Es gab ausserdem das Register 2017 der SGF heraus. Ferner veröffentlichte es jede Woche eine aktualisierte Ergänzung zu den SGF-Inhaltsverzeichnissen. Nach dem Vorbild des Bundes und mehrerer Kantone hat der Kanton Freiburg beschlossen, dass künftig die elektronische Fassung seiner Gesetzessammlungen massgebend sein wird. Auch wenn dieser Beschluss erst in geraumer Zeit in Kraft treten wird, hat der Staatsrat dennoch bereits in seiner Sitzung vom 27. Juni 2017 beschlossen, ab Anfang 2018 auf den Druck der Systematischen Gesetzessammlung zu verzichten.

Das GeGA hat die Datenbank der freiburgischen Gesetzgebung (BDLF) dreizehn Mal in beiden Amtssprachen nachgeführt. Zudem ist die französische Version der BDLF viermal in einer Applikation der Genfer Staatskanzlei erschienen, die insbesondere das Bundesrecht auf Französisch und die Gesetzgebungen der französischsprachigen Kantone und des Tessins enthält.

Das GeGA hat seine Arbeiten zur Einführung des rechtlichen Vorrangs der elektronischen Publikationsorgane fortgesetzt. Es hat eine umfassende Revision des Reglements über die Veröffentlichung der Erlasse vorbereitet und hat die Arbeiten zur Implementierung der neuen Informatikanwendung zum Betrieb der BDLF fortgesetzt. Die Konvertierung der Texte der BDLF in das neue Format (das XML-Format, das deren Erhaltung langfristig sicherstellt) hat zahlreiche besondere Probleme zum Vorschein gebracht und hat mehr Zeit in Anspruch genommen, als vorgesehen.

Diese Arbeiten stellen eine starke Beanspruchung dar, und zwar nicht nur für den stellvertretenden Amtsvorsteher und das Personal, das die amtlichen Veröffentlichungen vorbereitet, sondern auch für die übrigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die bei der Kontrolle der Texte nach der Konvertierung mithalfen. Um den Zugang der Öffentlichkeit zur BDLF sicherzustellen, musste das GeGA weiterhin die Publikationsorgane nach dem bisherigen System herausgeben und zugleich den Systemwechsel rechtlich und bei der Informatik bewerkstelligen.

Das GeGA gab regelmässig Auskunft zu Gesetzgebungsfragen und darüber, wie man im Internet gezielt in der freiburgischen Gesetzgebung und den Vorbereitungsarbeiten recherchiert.

2.1.3 Ausarbeitung von Entwürfen der allgemeinen Gesetzgebung

Das GeGA wirkt regelmässig an der Umsetzung des Gesetzes über die Information und den Zugang zu Dokumenten (InfoG) mit. Es beteiligte sich, zusammen mit der Beauftragten für Öffentlichkeit und Transparenz und dem Amt für Umwelt, aktiv an der Revision der Verordnung über den Zugang zu Dokumenten (die Änderung wurde am 11.11.2017 verabschiedet), und zwei Mitarbeiter haben für die Zeitschrift «Umweltrecht in der Praxis (URP)» eine Abhandlung verfasst zum Thema «L’adaptation des législations cantonales sur la transparence à la Convention d’Aarhus – L’exemple de Fribourg» (URP 2017 S. 459 ff.). Es hat ferner verschiedene Gutachten zu dieser Thematik erstattet.

Das GeGA hat zudem einen wichtigen Beitrag zur Umsetzung des Gesetzes über die Archivierung und das Staatsarchiv (ArchG) geleistet, hauptsächlich im Rahmen der Arbeitsgruppe zur Ausarbeitung des Ausführungsreglements (ArchR, dessen Entwurf zurzeit in die endgültige Fassung gebracht wird).

Bei den rechtlichen Fragen im Zusammenhang mit der Einrichtung des E-Government-Schalters arbeitet es eng mit dem E-Government-Sekretariat zusammen. Es wirkt in der interkantonalen Arbeitsgruppe der Juristen, die für das E-Government arbeiten, mit.

2.1.4 Rechtsdienst und Verschiedenes

Das GeGA verfasste verschiedene Studien und Gutachten zuhanden des Sekretariats des Grossen Rates, des Staatsrats und der Kantonsverwaltung. Es unterstützte die verschiedenen Sektoren der Staatskanzlei bei Rechtsfragen, insbesondere im Bereich der Ausübung der politischen Rechte und der amtlichen Veröffentlichungen.

Das GeGA hat an der Vorbereitung der Antworten auf einige Vernehmlassungen des Bundes und der Westschweizer Regierungskonferenz (WRK) mitgewirkt; ebenso hat es Antworten auf kantonale parlamentarische Vorstösse vorbereitet.

Es ist durch seinen stellvertretenden Vorsteher im Redaktionsausschuss der Freiburger Zeitschrift für Rechtsprechung vertreten. Es leistet fachliche Unterstützung bei der Herausgabe der einzelnen Hefte der Zeitschrift und erstellt deren Jahresverzeichnis. Es erstellt ausserdem die verschiedenen nachgeführten Mehrjahresregister, die im Internet veröffentlicht werden.

2.2 Besondere Ereignisse

2.2.1 Ausarbeitung von Entwürfen im Auftrag

Das GeGA leitet die Vorarbeiten zur Annahme der gesetzgeberischen und praktischen Massnahmen, die wegen der Änderung der Wappenschutzgesetzgebung des Bundes nötig geworden sind.

Soweit es seine Auslastung erlaubte, übernahm das GeGA für überlastete oder mit Gesetzgebungsarbeiten wenig vertraute Verwaltungseinheiten gewisse Vorarbeiten oder die Abfassung von Entwürfen.

2.2.2 Planung der Rechtsetzungsvorhaben 2012–2016

Das GeGA führt eine Aufstellung der Rechtsetzungsvorhaben (Gesetze) der Legislaturperiode und stellt jedes Jahr für den Tätigkeitsbericht des Staatsrats den Stand der Verwirklichung der im Regierungsprogramm aufgeführten Rechtsetzungsvorhaben zusammen.

3 Amt für Drucksachen und Material (DMA)

Vorsteher: Gilbert Fasel

3.1 Tätigkeit

Das DMA ist verantwortlich für die Versorgung aller Dienststellen des Staates mit Verbrauchsmaterial, administrativem und technischem Büromaterial, Büroapparaten und Drucksachen. Es ist beauftragt, mit den eigenen Infrastrukturen Druckvorbereitungs-, Druck-, Binde- und Digitalisierungsarbeiten auszuführen. Das Amt bietet seine Anschaffungs-, Logistik- und Verwaltungsdienstleistungen für Drucksachen auch den Einrichtungen, die vom Staat subventioniert werden, an.

3.2 Sektor Einkauf

Was die Mengen anbelangt, ist der Umsatz gegenüber dem Jahr 2016 um 13,68 % zurückgegangen. Es wurden Anschaffungen für einen Gesamtbetrag von 5 309 5423 Franken getätigt. Die Zahl der Bestellungen nahm leicht von 1503 auf 1559 zu. In diesen Zahlen sind alles Büromaterial, die Druckaufträge, die an Freiburger Druckereien vergeben wurden, und die Kosten der Kopien und Ausdrücke von Dokumenten, die mit den Multifunktionsgeräten gemacht wurden, enthalten. Das Büromaterial und die Büroausrüstungen wurden im Wesentlichen bei den örtlichen Unternehmen bestellt. Die Preisniveaus der wichtigsten Produkte (Papier, Couverts, Ordner, Verbrauchsmaterial, Bürogeräte usw.) sind stabil geblieben. Wenn das Sortiment ähnlich ist, teilen das DMA und die Lehrmittelverwaltung, die denselben Standort haben, ihre jeweiligen Einkäufe. Das Amt hat seine Rolle als Schnittstelle zwischen den Lieferanten und der Freiburger Verwaltung erfüllt. Der zentrale Erwerb verstärkt die Kaufkraft des Staates gegenüber der Wirtschaft, stellt sicher, dass die Richtlinien über das öffentliche Beschaffungswesen (BoeB/IVöB) beachtet werden und bringt eine professionelle Sichtweise auf die Ausgaben für Verwaltungsausrüstungen.

Die wichtigste öffentliche Ausschreibung des Jahres betraf die Erneuerung der Drucker (Multifunktionsgeräte). Das Projekt wurde mit dem ITA durchgeführt. Die ausgeschriebene Menge entspricht einem Umsatz von über einer Million Franken. Der Auftrag wurde an eine Freiburger Firma in Romont vergeben. Sobald die Funktionalitätstests beendet und der Vertrag unterzeichnet waren, wurden alle Geräte im Finanzgebäude (Multifunktion und herkömmliche Drucker) ersetzt. Dieses umfangreiche Programm zur Ersetzung von Geräten entspricht dem ersten Los gemäss Ausschreibung und dient als Test für den Rest der Kantonsverwaltung. Dieses neue Konzept bringt Vorteile bei der Sicherheit, beim Finanziellen und beim Umweltschutz. Ein Standard des Staates erlaubt es, moderne Ausrüstungen, die den Bedürfnissen der Benutzerinnen und Benutzer am besten entsprechen, zur Verfügung zu stellen. Die Einsparungen werden im selben Mass, in dem die Geräte ersetzt werden, wirksam. Die neue Preisfestsetzung liegt 30 % unter der bestehenden. Das entspricht einer Einsparung von mehreren hunderttausend Franken.

Die Papiermenge, die von allen Dienststellen des Staates verbraucht wurde, ging leicht zurück. 2017 bestellte der Einkauf 387 Paletten Papier im Format A4 für alle Dienststellen der Verwaltung, für die Schulen der Sekundarstufe 2 und für die Berufsfachschulen. Das bedeutet im Vergleich mit dem Jahr 2016 eine Abnahme um 3,6 %. Dieser Rückgang ist bedeutender als der vorhergehende, und er dürfte sich fortsetzen. Die Menge bleibt trotzdem bedeutend. Sie entspricht einem Betrag von 274 576 Franken. Das Papier, das bei der Verwaltung verwendet wird, ist zu 100 % wiederverwertet. Es hat das Label «Ange bleu/Blauer Engel». Dieses Label garantiert unter anderem, dass die Papierfasern zu 100 % von Altpapier stammen und gewisse Chemikalien, wie Chlor, optische Aufheller und krebserzeugende Produkte, beim Herstellungsverfahren nicht verwendet werden.

Im Juni hat das Finanzinspektorat die Rechnung und die Beschaffungsverfahren geprüft. Damit der Finanzfluss besser nachverfolgt und die Abstimmung am Ende des Geschäftsjahrs erleichtert werden können, wurde die Struktur der Aufwands- und Ertragsrechnung verbessert. Der Bericht, der nach dieser Revision ausgearbeitet wurde, ist in allen Punkten positiv.

Die Betreuung von Jugendlichen in Ausbildung ging weiter; zurzeit ist das Amt für drei Lernende verantwortlich.

3.3 Intern ausgeführte Druckerbeit

Als Druckspezialist leistet der Sektor wertvolle Unterstützung für die Tätigkeit, die von der Staatskanzlei gesteuert wird. Mit den internen Einrichtungen zur digitalen Vervielfältigung kann eine breite Produktpalette (Unterlagen für Präsentationen, Karten, Prospekte usw.) hergestellt werden. Die Menge der einfarbigen Drucke ist um über 20 % zurückgegangen. Dieser Rückgang entspricht grob der Tendenz auf dem Schweizer Markt. Für Masseninformationen suchen die Benutzerinnen und Benutzer einen schnellen und zielgerichteten Zugang. Es ist deshalb nur logisch, dass sie sich dem Digitalen zuwenden. 2017 blieb die Nachfrage gross, es wurden nahezu zwei Millionen mehrfarbige Seiten hergestellt. Die Zahl der Bestellungen, die intern ausgeführt wurden, änderte sich nicht (1419 gegenüber 1422 im Jahr 2016). Anfang Jahr realisierte die Werkstätte die Nachführung des Katalogs der Dienstleistungen «Blitzableiter» für die Kantonale Gebäudeversicherung (KGV). Grosse Mengen wurden in den Monaten Juli und August realisiert. Die Orientierungsschulen, die technischen und kaufmännischen Berufsfachschulen und die Schulen der Sekundarstufe 2 bestellen beim Amt viele Unterrichtsmaterialien und Schülerarbeiten. Diese Aufträge werden dem DMA am Ende des Schuljahrs übergeben und müssen zu Beginn des Schuljahrs unbedingt bei den Schulen sein.

3.4 Aufgaben vor dem Drucken

Die Arbeiten in Zusammenhang mit den besonderen Veranstaltungen und Ereignissen (Eröffnungen, offizielle Empfänge usw.) werden intern zusammengestellt. Die Produkte unseres Sortiments werden in der SAP-Datenbank verzeichnet und mit dem Grafikprogramm In Design hergestellt. Der Entwurf von voluminösen Dokumenten wird von den Dienststellen aufgrund von Wordvorlagen, die dem Corporate Design entsprechen, gemacht. Im ersten Teil des Jahres wurden verschiedene Tätigkeitsberichte (ÖDSB, GFB, KLV) umgebrochen. Die Behörde für Öffentlichkeit und Datenschutz ersuchte das Amt um Hilfe für die Nachführung ihres Leitfadens für die Gemeinden. Neben den Arbeiten im Zusammenhang mit den Abstimmungen und Wahlen hat der Sektor ein Nachschlagewerk, das von einem ehemaligen Mitarbeiter des Amtes für Wald, Wild und Fischerei verfasst wurde, hergestellt. Die RUBD erhielt grosse Unterstützung bei der Realisierung des kantonalen Richtplans. Für die Herstellung dieses Standarddokuments brauchte es eine bedeutende Koordinationsarbeit. Im zweiten Teil des Jahres beschäftigte das Regierungsprogramm den Adjunkten des Amtes intensiv. Für den Seitenumbruch der Texte und der Einschub von Illustrationen brauchte es Genauigkeit und Know-how. Für diese Art von Veröffentlichungen, namentlich den Grafikeil des Finanzplans, ist die Arbeit vor dem Drucken grösser als beim eigentlichen Drucken. Das DMA hat unter anderem die Drucksachen für die Empfänge von Alain Berset und Dominique de Buman realisiert. Die Fragen im Zusammenhang mit den Grafikchartas beschäftigten den Sektor ebenfalls.

3.5 Binde- und Digitalisierungsarbeiten

Die Mehrheit der Arbeiten, die während des Jahres gemacht wurden, betraf die Bezirksgerichte und die Bibliothek der Hochschule für Soziale Arbeit. Anders als in anderen Jahren erfüllte die Werkstätte keine Aufträge für die Freiburger Gemeinden und Pfarreien. Die Stadt Freiburg bestellte rund 20 Kästchen für den Schutz der Protokolle des Gemeinderats aus dem 19. Jahrhundert. Der Sektor führte Arbeiten zur Restaurierung von stark beschädigten Registern, die hauptsächlich von den Grundbuchämtern (GB) kamen, aus. Bei einigen von ihnen mussten das Papier und die Hefte mit Japanpapierfasern repariert werden. Es ist nicht aussergewöhnlich, dass es für einige Werke um die 50 Arbeitsstunden braucht, bevor sie ihren Eigentümern zum fast täglichen Gebrauch zurückgegeben werden können.

Die Digitalisierungsaufgaben wurden gemäss der ursprünglichen Planung fortgesetzt. Der Sektor arbeitete hauptsächlich für den Broye- und den Greyerzbezirk. Mit dieser Arbeit soll vor allem der Inhalt dieser Dokumente gesichert werden. Sobald sie online sind, wird die Forschungsarbeit viel einfacher, und da weniger mit den Werken hantiert wird, werden sie geschützt. Es wurden 70 000 Dokumente gescannt. Zusätzlich wurden während des Berichtszeitraums einige besondere Serien von Mikrofilmen realisiert. Es wurden weniger Mikrofilme hergestellt als im Jahr 2016, da die Stelle während eines Teils des Jahres nicht besetzt war.

Zusammen mit der Arbeit, die für die GB ausgeführt wurde, begann der Sektor mit dem Scannen der imponierenden Sammlung der Brandversicherungsregister des Staatsarchivs. Zu dieser Sammlung gehören über 1400 Register. In ihr werden die Freiburger Gebäude während des Zeitraums 1812 bis 1970 erfasst. Mit den Informationen in diesen

Sammlungen (Meter, Materialien, Nutzung) konnten die Eigentümer, deren Güter von einem Brand zerstört wurden, entschädigt werden. Diese Praxis steht am Anfang der jetzigen Kantonalen Gebäudeversicherung (KGV).

3.6 Beschaffung von Büromaterial und Logistik

Der Verantwortliche des Magazins trat Ende Juni in den vorzeitigen Ruhestand. Im Sommer nahm ein neuer Mitarbeiter seine Tätigkeit auf. Seine erste Aufgabe ist es, die Modernisierung der Logistikaufgaben fortzusetzen. Zu ihr gehören die Optimierung der Lieferrhythmen, die Modernisierung des Shops für die Bestellungen und die Nachführung des Sortiments. Zusätzlich zu ihrer Aufgabe beim Einkauf und beim Lagern liefern die Logistiker mit einem Fahrzeug, das abwechslungsweise mit der Lehrmittelverwaltung benützt wird, Material in den ganzen Kanton. Jährlich wird eine Distanz von ungefähr 10 000 Kilometern zurückgelegt. Die Versorgung mit Büromaterial wird mit der Anwendung SAP, Modul MM, im Wesentlichen bei örtlichen Unternehmen gemacht. Das jährliche Inventar findet Anfang September statt. Das Lager, das vom DMA verwaltet wird, hat einen Wert von rund 231 246 Franken. Der Sektor nimmt regelmässig Praktikantinnen und Praktikanten auf und bildet eine Logistiklernende aus. Sie hat ihr drittes Ausbildungssemester abgeschlossen.

3.7 Schlüsselzahlen 2016

	2017	2016	Unterschied
Zahl der Bestellungen SAP-MM	1559	1503	+ 56
Zahl der Rechnungen von Lieferanten	2273	2190	+ 83
Betrag der Aufträge, die den Unternehmen vergeben wurden Umsatz (Druck, Beschaffungen, Ausrüstungen)	5 309 542 Franken	6 151 338	- 841 796
Gelagerte, beschaffte und verteilte Produkte	710 Artikel	750	- 40

Interne Produktion

	2017	2016	Unterschied
Digitaldruck (Format A4 und A3)	5 448 049 Seiten	6 873 052	- 1 425 003
Bindearbeiten	912 Exemplare	935	- 23
Auf Mikrofilm aufgenommene und digitalisierte Dokumente	70 000 Stück	112 000	- 42 000

4 Staatsarchiv Freiburg (StAF)

Staatsarchivar: Alexandre Dafflon

4.1 Gesetzliche Grundlagen und Organisation

Die Vernehmlassung zum Vorentwurf des Reglements über die Archivierung (VE-ArchR) ging am 1. März 2017 zu Ende. Es gingen 51 Stellungnahmen ein. Die Reaktionen auf den Vorentwurf waren kontrastreich und die Berücksichtigung der Ergebnisse der Vernehmlassung gestaltete sich schwierig. Ein angepasster Vorentwurf wird zurzeit erarbeitet und sollte dem Staatsrat 2018 unterbreitet werden können.

Der Personalbestand des StAF beträgt 6,6 VZÄ (+ 0,6 VZÄ verglichen mit 2016, dank der Übertragung einer Stelle von der Staatskanzlei). Dieser Bestand reicht allerdings nicht aus, um die immer anspruchsvolleren Dienstleistungen, die vom StAF erbracht werden, sicherzustellen. Dieses konnte auf die starke Unterstützung durch Hilfskräfte (junge Arbeitssuchende, Praktikantinnen und Praktikanten, Zivildienstleistende) zählen. Seit September 2017 arbeitet eine Mitarbeiterin des Amtes für Drucksachen und Material (DMA) zu 50 % im StAF und übernimmt Digitalisierungsarbeiten.

4.2 Gebäude

Mehrere ernstzunehmende Zwischenfälle ereigneten sich im Archivdepot am Hauptsitz des StAF (Wassereintritte im Dach). Diese Ereignisse zwingen zu einem Überdenken der Verteilung der Bestände (Umziehen der wertvollen Bestände in ein besser geschütztes Depot). Mit dem ständigen Anwachsen seiner Archivbestände konfrontiert, verfügt das StAF über drei neue, zusätzliche Depoträume bei der Finanzdirektion in Freiburg.

Die Fortsetzung des Projekts für das «interinstitutionelle kantonale Lager für Kulturgüter» (SIC) stellt eine wichtige Perspektive dar, die es letztlich erlauben soll, die Verstreuung der Archivdepots zu beenden. Nach der Aufgabe des Projekts in Schmittlen (Juni 2017) werden nun alternative Standorte geprüft.

4.3 Tätigkeit und Dienstleistungen

4.3.1 Informatik und neue Technologien

Die Datenbank *scopeArchiv* wurde migriert (Version 5.2). Die neue Version erlaubt regelmässige Updates der online verfügbaren Daten. Im Rahmen der Digitalisierungsarbeiten wurden 42 569 neue Bilder erstellt. Die Benutzer können nun gegen 49 000 digitalisierte Dokumente konsultieren. Ein erster Teil dieser Dokumente soll 2018 online zugänglich gemacht werden.

Die Studien im Bereich der digitalen Archivierung mit dem ITA, dem POA und der KOST (Koordinationsstelle für die dauerhafte Archivierung elektronischer Unterlagen in Bern) wurden weitergeführt. Die Definition einer Strategie zur elektronischen Archivierung wurde im Mai 2017 abgeschlossen, und die Arbeitsgruppe setzte ihre Arbeit fort mit dem Erstellen eines Anforderungskatalogs, der Anfang 2018 verfügbar sein wird.

4.3.2 Beziehungen zu archivbildenden Stellen

41 (41 im Jahr 2016) Dienststellen der Verwaltung wurden besucht, das ergab 102 (83 im Jahr 2016) Besuche und Sitzungen. Auch 31 (42 im Jahr 2016) andere Institutionen liessen sich vom StAF beraten (37 Sitzungen oder Besuche). Bei der Staatsverwaltung haben die ersten Projekte zur Erstellung von Klassierungs- und Verwaltungsplänen begonnen.

4.3.3 Zunahme der Archivbestände und bei der Bibliothek

Die Bestände des StAF wuchsen um 481,82 Laufmeter (Lm), davon stammten 361,20 Lm von Dienststellen des Staates und 120,68 Lm von andern Körperschaften oder Privaten. Die Gesamtheit der aufbewahrten Bestände des StAF beträgt insgesamt 15 782 Lm. Die Bibliothek wurde um 333 Titel erweitert (390 im Jahr 2016).

Zunahme der Bestände, die im StAF aufbewahrt werden, in Laufmetern:

Herkunft	2017	2016	2015
Staat Freiburg	361,20	256,75	428,73
Andere Körperschaften und Privatpersonen	120,68	19,72	45,86
Total	481,82	276,47	476,29

4.3.4 Klassierungs- und Inventarisierungsarbeiten

Das StAF hat die Inventare von 22 Archivbeständen und Ablieferungen vollständig erstellt und in die Datenbank *scopeArchiv* integriert. Zu den wichtigen laufenden Arbeiten zählen die Klassierung der Bestände des Departements des Innern, der Direktion der öffentlichen Arbeiten, der Fremdenpolizei, des Augustinerklosters, der Abtei Hauterive und der Familie Praroman. Das Amt für Justiz (AJ) und die Kantonspolizei haben zwei Personen angestellt, welche die Bestände des Gerichts des Sensebezirks und der Kantonspolizei klassieren und inventarisieren. Diese werden unterstützt von zwei Personen mit einem Vertrag für Erststellensuchende, Praktikanten der Universität, Auszubildende und Zivildienstleistende.

4.3.5 Erhaltung, Restaurierung, Mikrofilmaufnahmen

18 Pergamentdokumente des Bestands von Hauterive (1157-1337) sowie ein Brief von König Ludwig XIII (1627), 300 Papierdokumente des Augustinerklosters (14. – 19. Jh.), 5 weitere wertvolle Dokumente und 1 grosse Planzeichnung der Kantonsstrasse Bulle-Château d'Oex (1864) wurden restauriert. 14 lederne Archivsäcklein aus den Jahren 1585-1588 wurden von der Abegg-Stiftung in Riggisberg (BE) restauriert. 33 Urbare (Steuerkataster des Ancien Regime) der Vogtei Greyerz wurden vom Amt für Drucksachen und Material (DMA) mikroverfilmt.

Nach mehreren Zwischenfällen mit dem Dach wurde mit dem Umzug der alten Bestände aus dem 2. Stock des StAF in ein sichereres Depot begonnen. Es handelt sich um eine gross angelegte Operation, die sich über mehrere Jahre erstrecken wird.

4.3.6 Dienstleistungen und Führungen

10 520 (10 940 im Jahr 2016) Dokumente und Dossiers wurden von 619 (643 im Jahr 2016) Benutzerinnen und Benutzern konsultiert, was 2274 (2356 im Jahr 2016) Tagessätzen entspricht. Das StAF übermittelte 600 (586 im Jahr 2016) Dossiers an die Gerichte und Dienststellen der Verwaltung. Seit 2013 wurden 272 Nachforschungen (102 im Jahr 2017) auf Anfrage von Personen, die Opfer von ausserfamiliären Fremdplatzierungen wurden («Verdingkinder»), angestellt. Das StAF betreut ebenfalls die Forscher der Unabhängigen Expertenkommission Administrative Verwahrungen, die 2014 vom Bundesrat geschaffen wurde.

Das StAF hat 16 (16 im Jahr 2016) Führungen für 260 (387 im Jahr 2016) Personen durchgeführt und mehrere historische Dokumente für Ausstellungen und Anlässe in Freiburg, Lausanne und Riggisberg (BE) ausgeliehen.

4.3.7 Wissenschaftliche Arbeiten und kulturelle Aktivitäten

Das StAF war an der Organisation und Durchführung der Europäischen Tage des Denkmals (9.-10. September 2017), die unter dem Motto «Macht und Pracht» stattfanden, beteiligt. Bei dieser Gelegenheit war das StAF in der Staatskanzlei präsent, die zu diesem Anlass für das Publikum offen stand. Das StAF zeigte aussagekräftige historische Dokumente, welche die Verbindung zwischen Archiv und Staatskanzlei im Verlauf der ganzen Geschichte des Kantons aufzeigen. Ein Atelier für Kinder wurde ebenfalls angeboten. Die Veranstaltung war ein Erfolg mit mehr als 900 Besuchern während der beiden Tage.

Zusammen mit der Universität Freiburg besorgt das StAF die Veröffentlichung der Akten der Kolloquien von Paris und Freiburg, die 2016 im Rahmen des 500-Jahr-Jubiläums des Ewigen Friedens vom 29. November 1516 organisiert worden waren. Die Publikation erscheint im Frühling 2018.

Das StAF beherbergt ein bedeutendes wissenschaftliches Forschungsprojekt in Zusammenarbeit mit der schweizerischen Rechtsquellenstiftung: Die Edition der Freiburger Hexenprozesse (15. – 18. Jh.), die seit 2016 von zwei wissenschaftlichen, universitären Mitarbeitern erarbeitet wird.

Mitarbeiter des StAF haben Kurse an den Universitäten von Bern und Freiburg gegeben. Das StAF arbeitet eng mit den Museen und Bibliotheken des Kantons sowie mit den Kultur-, Geschichts- und Genealogievereinen zusammen.

5 Kantonale Behörde für Öffentlichkeit und Datenschutz

Präsident der Kommission: Laurent Schneuwly

Beauftragte für Öffentlichkeit und Transparenz: Annette Zunzer Raemy

Kantonale Datenschutzbeauftragte: Alice Reichmuth Pfammatter

5.1 Tätigkeit

Die Tätigkeit der Behörde umfasst die für die Transparenz und den Datenschutz typischen Aufgaben. Diese werden im Gesetz vom 9. September 2009 über die Information und den Zugang zu Dokumenten (InfoG) und im Gesetz vom 25. November 1994 über den Datenschutz (DSchG) geregelt.

Nach der Anpassung des InfoG an das Übereinkommen vom 25. Juni 1998 über den Zugang zu Informationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten (Aarhus-Konvention) im Jahr 2016 wurde im Folgejahr nun die Verordnung über den Zugang zu Dokumenten (DZV) entsprechend angepasst.

Der Tätigkeitsbericht der Behörde wird im Mai herausgegeben. Er kann bei der Behörde für Öffentlichkeit und Datenschutz, Chorherrengasse 2, 1700 Freiburg, bestellt werden. Er kann ausserdem zum selben Zeitpunkt auf der Website <http://www.fr.ch/atprd/de/pub/oeffentlichkeitsprinzip/publikationen/taetigkeitsberichte.htm> eingesehen werden.

6 Kantonale Ombudsstelle (Omb)

Kantonaler Mediator: Philippe Vallat

Stellvertreterin: Beauftragte für Öffentlichkeit und Transparenz: Annette Zunzer Raemy

6.1 Tätigkeit

Das Mandat des kantonalen Mediators begann am 1. Januar 2017. Mit seiner Tätigkeit soll er den Bürgerinnen und Bürgern bei ihren Beziehungen zu den Behörden helfen und bei Streitfällen als Vermittler dienen, die Präventionen und die einvernehmliche Lösung der Konflikte zwischen Behörden und Bürgerinnen und Bürgern fördern, die Behörden ermutigen, ein gutes Verhältnis zu den Bürgerinnen und Bürgern zu fördern, zu einem besseren Funktionieren der Behörden beitragen und den Behörden unbegründete Vorwürfe ersparen. Die Tätigkeit wird im Ombudsgesetz vom 25. Juni 2015 (OmbG) geregelt.

Der Tätigkeitsbericht des kantonalen Mediators wird im Verlauf des Frühlings herausgegeben. Er kann zum selben Zeitpunkt auf der Website <http://www.fr.ch/mediation/de/pub/index.cfm> heruntergeladen werden.

7 Personalbestand

Gewalten - Direktionen Kostenstellen		Rechnung 2017 VZÄ	Rechnung 2016 VZA	Abweichungen VZA
Ausführende Gewalt – Staatskanzlei		51,48	44,73	6,75
Zentrale Verwaltung		51,48	44,73	6,75
3100/CETA	Staatsrat	7,00	7,00	
3105/CHAN	Staatskanzlei	19,73	19,95	- 0,22
3110/ECON	Amt für Drucksachen und Material	10,60	10,28	0,32
3115/OLEG	Amt für Gesetzgebung	5,25	5,20	0,05
3118/AREF	Staatsarchiv	6,60		6,60
3120/ATPD	Behörde für Öffentlichkeit und Datenschutz	2,30	2,30	